

Erhöhung des Brotpreises.**Keine Selbstversorgung mit Kartoffeln.**

Gestern fand eine Sitzung der Landwirtschaftskommission unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes Sever statt, der außer den Vertretern der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte auch noch Konsumentenvertreter und verschiedene Experten aus den Interessentengruppen anwohnten.

Den breitesten Raum der Beratungen nahm die Frage der durch die Lohnforderungen der Bäckergehilfen bedingten Erhöhung des Brotpreises ein. Schließlich einigte man sich darauf, für Wien einen Zuschlag von 20 Heller pro Maß als angemessen zu erklären und der Landesregierung vorzuschlagen, nicht über dieses Ausmaß hinauszuweichen. Landeshauptmann Sever gab die Zusicherung, daß die Landesregierung gewiß keinen höheren Zuschlag als den eben erwähnten bewilligen werde. Für das flache Land werden die Bezirkswirtschaftskommissionen, beziehungsweise die Bezirkshauptmannschaften ermächtigt werden, dort, wo es gefordert wird, einen Zuschlag auf die Brotpreise zu bewilligen, mit der Einschränkung, daß dieser unter keinen Umständen höher sein dürfe als in Wien.

Einen sehr interessanten Verlauf nahm die Debatte über die Frage, ob auch heuer wieder den Konsumenten gestattet werden solle, sich gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte mit der festgesetzten Nahrungskontingente auf einmal durch freihändigen Ankauf beim Produzenten einzudecken. Während die Vertreter der Landesregierung, der Gemeinde Wien und des Volksernährungsamtes für diese Art der Selbstversorgung warm eintraten, wendeten sich fast alle anderen Faktoren, teilweise in sehr scharfer Weise, dagegen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte verwiesen auf das völlige Versagen der Kartoffelversorgung im Vorjahre und auf die bittere Ungerechtigkeit, die darin lag, daß die Leute mit guten Beziehungen zum Lande und mit gefüllten Vorräten ihre Kartoffeln im Keller hatten, während die vielen anderen den ganzen Winter hindurch keinen einzigen Erdapfel zu Gesicht bekamen. Auch die anwesenden Landbürgermeister erklärten, gegen diese Art der Selbstversorgung aufzutreten zu müssen, da damit dem Schleichhandel neuerlich ein Einfallstor geöffnet und das eben erlassene Ruckfaktverbot hinfällig werden würde. „Unterbindet“, sagte einer, „den Ruckfakt- und Schleichhandelsverkehr mit Kartoffeln so gut als radikal, und die Kartoffeln werden von selbst nach Wien kommen.“

Das heurige Nahrungskontingent, das den Produzenten zur Aufbringung in Niederösterreich vorgezrieben wurde, beträgt 4500 Waggons. Angenommen, daß das Kontingent tatsächlich zur Gänze aufgebracht wird, entfallen auf den Kopf nicht mehr als 14 Kilogramm Kartoffeln für das ganze Jahr. Man kann also heute die Hoffnung nur auf die Einfuhr aus dem Ausland setzen, ein Problem, das aber bisher trotz aller Anstrengungen der Behörden noch immer nicht gelöst wurde.

Die Landwirtschaftskommission beschloß, der Landesregierung vorzuschlagen, vorläufig keine Erlaubnis zur Selbstversorgung gegen Verzicht auf die Kartoffelkarte zu erteilen, sondern erst das Ergebnis der Einbringung des vorgeschriebenen Kontingents und der mit dem Ausland geführten Verhandlungen über Kartoffelimporte abzuwarten und eventuell im Spätherbst ein solches Erlaubnis hinauszugeben.